

[REDACTED]

---

**Von:**

**Gesendet:**

[REDACTED]  
Mittwoch, 8. Januar 2025 08:28

**An:**

[REDACTED] EFV; [REDACTED] EFV

**Cc:**

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

**Betreff:**

Rückmeldung Innosuisse: Ämterkonsultation: Bundesgesetz über das  
Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahrens  
Stellungnahme\_Innosuisse\_Ämterkonsultation\_EP2027\_070125-sig.pdf;  
Bundesgesetz\_über das Entlastungspaket 2027 für den  
Bundeshaushalt\_Kommentare\_Anpassungen\_20241217.pdf

**Anlagen:**

Sehr geehrte Frau [REDACTED], sehr geehrter Herr [REDACTED]

In Absprache mit dem GS WBF erlauben wir uns anbei direkt eine Rückmeldung im Rahmen der  
Ämterkonsultation zum Entlastungspaket 2027 bei Ihnen einzureichen.

Anbei finden Sie unsere Stellungnahme sowie in separater Beilage unsere vorgeschlagenen Anpassungen  
auf Gesetzesstufe.

Wir bitten um die Berücksichtigung unserer Argumente und stehen für Rückfragen oder grundsätzliche  
Gespräche gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Innosuisse – Schweizerische Agentur für Innovationsförderung  
Recht und Strategie

Einsteinstrasse 2, CH-3003 Bern

[REDACTED]

[REDACTED]

[www.innosuisse.ch](http://www.innosuisse.ch)



Jetzt den Innosuisse-Newsletter abonnieren: [www.innosuisse.ch/newsletter](http://www.innosuisse.ch/newsletter)

---

**Von:**

[REDACTED] EFV <[REDACTED]>

**Gesendet:** Dienstag, 10. Dezember 2024 12:35

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

**Cc:** [REDACTED]







Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Innosuisse – Schweizerische Agentur  
für Innovationsförderung**

CH-3003 Bern, Innosuisse

██████████ und ██████████  
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV  
Bundesgasse 3, 3003 Bern

Unser Zeichen: ██████████  
Bern, 7. Januar 2025

## **Stellungnahme Innosuisse Ämterkonsultation Entlastungspaket 2027**

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne möchten wir Ihnen als direkt betroffene Verwaltungseinheit im Rahmen der Ämterkonsultation zu den Vernehmlassungsunterlagen zum Entlastungspaket 2027 folgende Eingaben übermitteln:

### Grundsätzliche Einschätzung zu den vorgeschlagenen Massnahmen

Innosuisse ist sich bewusst, dass zur Entlastung des Bundeshaushaltes sehr breit gefächerte Massnahmen nötig sind und ist bereit, dabei ihren Beitrag zu leisten. Gleichzeitig ist zu betonen, dass eine Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse um 10 Prozent ein tiefer Einschnitt bedeutet, welcher zu volkswirtschaftlichen Opportunitätskosten führt, die deutlich über den kurzfristig eingesparten 30 Mio. CHF pro Jahr liegen. Ein von Innosuisse investierter Förderfranken in Innovationsprojekte führt über einen Zeitraum von drei Jahren zu einer direkten zusätzlichen Wertschöpfung von mehr als vier Schweizer Franken bei den geförderten Unternehmen<sup>1</sup>. Eine kürzlich publizierte wissenschaftliche [Studie der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH](#) zeigt zudem: Die Förderung von Innovationsprojekten durch Innosuisse steigert bei den beteiligten Firmen im Vergleich zu innovativen Unternehmen ohne Förderung in den folgenden fünf Jahren den Umsatz um durchschnittlich 21% und die Beschäftigung um 18%.

Innosuisse ist der Ansicht, dass die negativen Auswirkungen einer Kürzung am besten kontrolliert werden können, wenn sie bei der Wahl der Sparmassnahmen Flexibilität hat, um insbesondere den

---

<sup>1</sup> Die Hochrechnung der erzielten Wertschöpfung basiert auf den durch das Wirkungsmonitoring ausgewiesenen Beschäftigungseffekten der Innovationsprojekte. Sie erfolgt jährlich in Zusammenarbeit mit der auf Wertschöpfungsrechnungen spezialisierten Unternehmung EBP Schweiz AG. Nicht eingerechnet sind dabei indirekte Multiplikatoreffekte in der Volkswirtschaft über zusätzliche Vorleistungsausgaben der Unternehmen und den zusätzlichen Ausgaben aus den erzielten Einkommen.

Ergebnissen der laufenden Effizienz- und Wirkungsanalysen ihrer Instrumente Rechnung tragen zu können. Den vorgeschlagenen Massnahmen auf Basis von Anpassungen der Bestimmungen auf Gesetzesebene steht Innosuisse aus folgenden Gründen kritisch gegenüber:

Die vorgeschlagene Neuregelung von Artikel 19 FIG sieht eine ausnahmslose Untergrenze von mindestens 50% für die Beteiligung der Umsetzungspartner an Innovationsprojekten vor. Innosuisse verteidigt jedoch die Sinnhaftigkeit einer flexiblen Beteiligung von Innosuisse an den Projekten in einem Rahmen zwischen 40% und 60%, die 2023 aufgrund des entsprechenden Parlamentsbeschlusses von 2021 neu eingeführt wurde, sowie auch die Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen von diesem Rahmen sowohl gegen oben als auch gegen unten abzuweichen. Eine Bandbreite gibt der Förderung die notwendige Flexibilität, um den Besonderheiten der Projekte Rechnung zu tragen. Die Möglichkeit einer höheren Beteiligung von Innosuisse hat in der Vergangenheit zudem die Durchführung von Sonderprogrammen, wie beispielsweise das COVID-Impulsprogramm, ermöglicht. Dies würde mit der starren Regelung verunmöglicht.

Start-ups werden in der Schweiz im Vergleich zum Ausland nur sehr beschränkt direkt unterstützt. Das Venture Capital Umfeld ist zudem schwierig. Der Spielraum zur Beteiligung der Innosuisse an bis zu 70% der Kosten von wissenschaftsbasierten Innovationsprojekten dieser Jungunternehmen sollte daher nicht noch zusätzlich eingeschränkt werden.

Die Schweiz verfügt über eine exzellente Forschung. Der Transfer ihrer Ergebnisse in den Markt sollte nicht geschwächt werden, indem die Möglichkeiten von Innosuisse zur Unterstützung von Projekten ohne Umsetzungspartner reduziert werden.

#### Konkrete Eingaben zu den Vernehmlassungsunterlagen

##### a) Erläuternder Bericht

In Ziff. 2.6 (S. 40) des erläuternden Berichts wird die vorgeschlagene Untergrenze von 50% für die Beteiligung der Umsetzungspartner wie folgt begründet *«Damit sollen falsche Anreize sowie Marktverzerrungen oder Industriepolitik möglichst verhindert werden»*. Diese Argumentation ist irreführend. Der Beitrag von Innosuisse an die Kosten von Innovationsprojekten, welche von Forschungs- und Umsetzungspartnern (unter anderem Unternehmen, aber namentlich auch Non-Profit-Organisationen und öffentliche Institutionen) gemeinsam durchgeführt werden, fliessen nie direkt den Umsetzungspartnern zu, sondern es werden damit immer und nur die Forschungs- und Entwicklungsleistungen der Forschungspartner gedeckt. Die Forschungseinrichtungen haben einen öffentlichen Auftrag und damit auch ein eigenes, vom Interesse der Umsetzungspartner unabhängiges Interesse an der Durchführung von Innovationsprojekten sowie an der Weiterentwicklung und -verwendung der Ergebnisse. Sie halten auch oft die Eigentumsrechte an entstandenem geistigem Eigentum. Die Umsetzungspartner profitieren somit im Endeffekt weder direkt noch indirekt alleine vom Beitrag von Innosuisse. Sie tragen sogar mit einem finanziellen Beitrag direkt zu den Kosten des Forschungspartners bei. Damit wird bereits heute garantiert, dass es nicht zu Marktverzerrungen kommt. Bei einer Förderung, welche bottom-up funktioniert, von einem Risiko für «Industriepolitik» zu sprechen, ist ebenfalls irreführend. Auf Seite 40 wird zudem erwähnt *«Gleichzeitig beteiligen sich aber die Projektpartner aus der Wirtschaft mit einem höheren Anteil an den Projektkosten.»* Wir würden diese Prognose stark anzweifeln. Mit der starren Beteiligung von 50% werden die Innovationsschaffenden die Projekte anders ausgestalten müssen, aber die Kostenübernahme der Projektpartner aus der Wirtschaft wird sich nicht automatisch erhöhen.

Auf Seite 40 des erläuternden Berichts wird erwähnt, dass die Möglichkeit der Förderung von Innovationsprojekten von Jungunternehmen nebst der Begrenzung auf eine 50% Beteiligung durch Innosuisse *«...inhaltlich auf wissenschaftsbasierte Projekte (mit Schwerpunkt auf Spin-Offs) fokussiert»*. Dies stellt aber keine Neuerung dar, da Innosuisse bereits heute gemäss ihrem gesetzlichen Auftrag nur



wissenschaftsbasierte Innovation fördert. Diese Formulierung sollte somit gestrichen werden, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

Die Einschränkung der Projekte ohne Umsetzungspartner auf Projekte im Rahmen von gemeinsamen Programmen mit Forschungsförderungsinstitutionen wird auf Seite 41 und auf Seite 74 des erläuternden Berichts ausgeführt. In der Klammerbemerkung steht wie folgt: «*konkret BRIDGE mit dem Schweizerischen Nationalfonds*». Wir würden die folgende Ergänzung beantragen «**aktuell konkret BRIDGE mit dem Schweizerischen Nationalfonds**». Die Gesetzesbestimmung gibt zu Recht die Möglichkeit auch ähnliche Projekte mit Forschungsförderungsinstitutionen durchzuführen und schränkt nicht auf das BRIDGE Programm alleine ein.

Auf Seite 56 (2.26) und Seite 63 (2.33) des erläuternden Berichts wird im Rahmen des geplanten Verzichts auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen bei BAFU und BFE erwähnt, dass solche Anlagen nur noch im Rahmen der angewandten Forschung der Innosuisse unterstützt werden sollen. Parallel dazu solle der Einbezug der Fachämter in der Förderung von Innosuisse in diesen Themengebieten verstärkt werden. Wir sind gerne bereit, die Zusammenarbeit mit dem BAFU und dem BFE bezüglich Pilot- und Demonstrationsanlagen zu verstärken, wobei die genaue Ausgestaltung bilateral zwischen Fachamt und Innosuisse präzisiert werden sollte. Allerdings ist ein «Mitentscheid» der Fachämter (wie er auf Seite 63 erwähnt wird) über die Förderung oder Abweisung von Projekten des normalen Förderportfolios von Innosuisse aus rechtlicher Sicht nicht möglich, diese Formulierung sollte daher gestrichen werden.

b) Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt, Ziff. 10 FIFG und Ziff. 11 SAFIG

In separater Beilage senden wir unsere Eingaben auf Basis des Gesetzestextes. Diese Anpassungen sind aus gesetzestechnischer Sicht angebracht, unabhängig von den obenstehenden Eingaben.

Wir bitten um die Berücksichtigung unserer Argumente und stehen für Rückfragen oder grundsätzliche Gespräche gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



**Bundesgesetz** *Entwurf*  
**über das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt**

vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

**1. Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dezember 2005<sup>2</sup> (AIG)**

*Art. 87 Abs. 3 und 4*

<sup>3</sup> Die Pauschalen nach Absatz 1 Buchstaben a und b werden während längstens vier Jahren nach der Einreise ausgerichtet.

<sup>4</sup> Die Pauschale nach Absatz 1 Buchstabe d wird während längstens vier Jahren nach der Anerkennung der Staatenlosigkeit ausgerichtet.

*Art. 126e* Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Im Jahr des Inkrafttretens der Änderung wird die Pauschale nach Artikel 87 Absatz 3 während längstens fünf Jahren nach der Einreise und die Pauschale nach Artikel 87 Absatz 4 während längstens fünf Jahren nach der Anerkennung der Staatenlosigkeit ausgerichtet.

**2. Asylgesetz vom 26. Juni 1998<sup>3</sup> (AsylG)**

*Art. 88 Abs. 2 zweiter Satz, Abs. 3 und Abs. 3<sup>bis</sup>*

<sup>2</sup> Sie werden während der gesamten Dauer des Asylverfahrens und längstens während vier Jahren nach Einreichung des Gesuches um vorübergehenden Schutz ausgerichtet.

<sup>1</sup> BBl ...  
<sup>2</sup> SR 142.20  
<sup>3</sup> SR 142.31

<sup>3</sup> Die Pauschalen für Flüchtlinge und für Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66a oder 66a<sup>bis</sup> StGB<sup>4</sup> oder Artikel 49a oder 49a<sup>bis</sup> MStG<sup>5</sup> oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 AIG<sup>6</sup> decken namentlich die Kosten für die Sozialhilfe und enthalten zudem einen Beitrag an die Betreuungs- und Verwaltungskosten. Sie werden während längstens vier Jahren nach Einreichung des Asylgesuchs ausgerichtet.

<sup>3bis</sup> Der Bund kann für Personen, die im Rahmen einer Asylgewährung für Flüchtlingsgruppen nach Artikel 56 in der Schweiz aufgenommen werden, die Pauschale nach Absatz 3 länger als vier Jahre ausrichten, namentlich wenn diese Personen bei ihrer Einreise behindert oder betagt sind.

*Art. 121a* Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Im Jahr des Inkrafttretens der Änderung wird die Pauschale nach Artikel 88 Absatz 2 während längstens fünf Jahren nach Einreichung des Gesuches um vorübergehenden Schutz und die Pauschale nach Artikel 88 Absatz 3 während längstens fünf Jahren nach Einreichung des Asylgesuchs ausgerichtet.

### **3. Bundesgesetz vom 17. März 2023<sup>7</sup> über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG)**

*Art. 17*

*Aufgehoben*

### **4. Opferhilfegesetz vom 23. März 2007<sup>8</sup> (OHG)**

*Art. 31*

*Aufgehoben*

<sup>4</sup> SR 311.0  
<sup>5</sup> SR 321  
<sup>6</sup> SR 142.20  
<sup>7</sup> SR 172.019  
<sup>8</sup> SR 312.5



**5. Bundesgesetz vom 5. Oktober 1984<sup>9</sup> über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug***Art. 10*            Höhe der Beiträge

Der Beitrag beläuft sich auf höchstens 50 Prozent der anerkannten Projektkosten, bei bestehenden Einrichtungen auf höchstens 50 Prozent der projektbedingten Mehrkosten.

**6. Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002<sup>10</sup> (BBG)***Art. 57 Abs. 1<sup>bis</sup>*

<sup>1bis</sup> Beiträge nach den Artikeln 54 und 55 decken höchstens 50 Prozent des anrechenbaren Aufwands.

**7. Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30. September 2011<sup>11</sup> (HFKG)***Art. 2 Abs. 3*

<sup>3</sup> Für die ETH, die anderen eidgenössischen Institutionen des Hochschulbereichs und die pädagogischen Hochschulen gilt dieses Gesetz mit Ausnahme der Bestimmungen über die Grundbeiträge sowie die Bauinvestitions- und die Baunutzungsbeiträge.

*Art. 12 Abs. 3 Bst. f und 47 Abs. 1 Bst. c und Abs. 2*

*Aufgehoben*

*Art. 48 Abs. 3 und 4*

<sup>3</sup> *Aufgehoben*

<sup>4</sup> Die Bundesversammlung beschliesst mit einfachem Bundesbeschluss einen Verpflichtungskredit für die Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge sowie für die Beiträge an gemeinsame Infrastruktureinrichtungen der Hochschulen und anderen Institutionen des Hochschulbereichs.

*Art. 50*            Beitragssätze

Der Bund übernimmt vom Gesamtbetrag der Referenzkosten:

- a.    höchstens 18,4 Prozent bei den kantonalen Universitäten;

<sup>9</sup>    SR 341

<sup>10</sup>   SR 412.10

<sup>11</sup>   SR 414.20

- b. höchstens 27 Prozent bei den Fachhochschulen.

*8. Kapitel 5. Abschnitt (Art. 59–61)*

*Aufgehoben*

*Einfügen vor dem Gliederungstitel des 4. Abschnitts*

*Art. 80a Pflegefinanzierung*

Für die Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildungsabschlüsse in der Pflege an den kantonalen Fachhochschulen gemäss Bundesgesetz vom 16. Dezember 2022<sup>12</sup> über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege bleiben bis Ende 2031 anwendbar:

- a. Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe f;
- b. Artikel 47 Absatz 1 Buchstabe c;
- c. Artikel 48 Absatz 4 Buchstabe b;
- d. Artikel 59–61.

**8. Schweizerschulgesetz vom 21. März 2014<sup>13</sup> (SSchG)**

*Art. 3 Abs. 1 Bst. q*

<sup>1</sup> Der Bundesrat anerkennt eine Schule im Ausland als beitragsberechtigte Schweizerschule, wenn sie:

- q. ihren Standort ausserhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat.

*3. Abschnitt (Art. 14–16)*

*Aufgehoben*

*Art. 25 Abs. 5*

<sup>5</sup> Die Finanzhilfen an anerkannte Schweizerschulen in Italien und Spanien enden mit Ablauf des Schuljahres 2026/2027. Die Anerkennung als Schweizerschule erlischt von Gesetzes wegen per Ende Schuljahr 2029/2030. Die Anerkennungsvoraussetzungen nach Artikel 3 Buchstaben a–h und j–p müssen bis zum Wegfall der Anerkennung dauernd erfüllt sein.

<sup>12</sup> SR **811.22**

<sup>13</sup> SR **418.0**

**9. Bundesgesetz vom 20. Juni 2014<sup>14</sup> über die Weiterbildung (WeBiG)***Art. 11* Ressortforschung des Bundes

Die Ressortforschung des Bundes in der Weiterbildung richtet sich nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstaben a–c des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1012<sup>15</sup> über die Förderung der Forschung und der Innovation.

*Art. 12, 16 und 6. Abschnitt (Art. 17)*

*Aufgehoben*

**10. Bundesgesetz vom 14. Dezember 2012<sup>16</sup> über die Förderung der Forschung und Innovation (FIFG)***Art. 18 Abs 2 Bst. b<sup>bis</sup>*

*Aufgehoben*

*Art. 19* Förderung von Innovationsprojekten

<sup>1</sup> Die Innosuisse als Förderorgan des Bundes für die wissenschaftsbasierte Innovation nach dem Innosuisse-Gesetz vom 17. Juni 2016<sup>17</sup> kann Innovationsprojekte fördern, die von Hochschulforschungsstätten oder nichtkommerziellen Forschungsstätten ausserhalb des Hochschulbereichs (Forschungspartnern) zusammen mit privaten oder öffentlichen Partnern, die für die Verwertung sorgen (Umsetzungspartnern), durchgeführt werden.

<sup>2</sup> Der Beitrag der Innosuisse dient zur Deckung der direkten Projektkosten der Forschungspartner. Die Innosuisse kann in ihrer Beitragsverordnung vorsehen, dass auch Beiträge an Umsetzungspartner geleistet werden, wenn dies für eine internationale Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftsbasierten Innovation vorausgesetzt wird.

<sup>3</sup> Beiträge werden nur gewährt, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Eine wirkungsvolle Umsetzung der Forschungsergebnisse zugunsten der Wirtschaft und der Gesellschaft kann erwartet werden.
- b. Das Projekt kann ohne die Förderung durch den Bund voraussichtlich nicht realisiert werden.
- c. Die Umsetzungspartner beteiligen sich durch Eigenleistungen oder durch Leistungen an die Forschungspartner im Umfang von mindestens 50 Prozent der direkten Gesamtkosten am Projekt.

<sup>14</sup> SR 419.1

<sup>15</sup> SR 420.1

<sup>16</sup> SR 420.1

<sup>17</sup> SR 420.2

- d. Das Projekt trägt zur praxisorientierten Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei.

<sup>4</sup> Die Innosuisse kann in Einzelfällen vom Umsetzungspartner eine höhere Beteiligung verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Das Projekt weist geringe Realisierungsrisiken und für den Umsetzungspartner gleichzeitig ein überdurchschnittliches wirtschaftliches Erfolgspotenzial auf.
- b. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Umsetzungspartners oder die Eigenheiten des Projekts rechtfertigen eine höhere Beteiligung, insbesondere, wenn der Umsetzungspartner seine Beteiligung wegen anderweitiger Unterstützung teilweise nicht selber finanziert.

<sup>5</sup> Innosuisse kann im Rahmen von gemeinsamen Programmen ~~mit~~ der Forschungsförderungsinstitutionen Innovationsprojekte fördern, die von Forschungspartnern ohne Umsetzungspartner realisiert werden, sofern die Projekte ein bedeutendes, jedoch noch nicht hinreichend bestimmtes Innovationspotenzial aufweisen.

<sup>6</sup> Sie kann Innovationsprojekte von Jungunternehmen fördern, wenn die Projektarbeiten zur Vorbereitung ihres erstmaligen Markteintritts erforderlich sind. Der Beitrag der Innosuisse dient zur Deckung von höchstens 50 Prozent der Projektkosten des Jungunternehmens. Die Innosuisse legt in ihrer Beitragsverordnung die Kriterien zur Festlegung des Beitrags fest.

<sup>7</sup> Soweit Schweizer Unternehmen der Zugang zu Förderangeboten für Einzelprojekte der Europäischen Kommission verwehrt ist, kann die Innosuisse Innovationsprojekte mit bedeutendem Innovationspotenzial von Jungunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen mit dem Ziel einer raschen und effizienten Vermarktung und einem entsprechenden Wachstum fördern. Der Beitrag der Innosuisse dient zur teilweisen oder vollständigen Deckung sowohl der dem Unternehmen selbst entstehenden direkten Projektkosten als auch der Kosten für Drittleistungen. ~~Die Innosuisse legt die Förderkriterien und die Kriterien für die Bestimmung der Höhe der Eigenleistungen der Unternehmen in ihrer Beitragsverordnung fest.~~

<sup>8</sup> Sie kann zudem Instrumente zur Beteiligung an den Kosten für Abklärungen der wirkungsvollen Umsetzbarkeit von Projekten der Unternehmen vorsehen.

<sup>9</sup> Sie fördert insbesondere Vorhaben nach den Absätzen 1, ~~5, 6 und 7~~ und ~~8~~ die einen Beitrag zur nachhaltigen Ressourcennutzung leisten.

<sup>10</sup> Die geförderten Vorhaben müssen die Grundsätze der wissenschaftlichen Integrität und der guten wissenschaftlichen Praxis beachten. Bei Verstössen gelten die Sanktionen und die Informationspflicht nach Artikel 12 Absätze 2–4.

Art. 20a

Aufgehoben

Kommentiert [REDACTED]: Es müsste «mit» heissen, weil Innosuisse ist keine Forschungsförderungsinstitution. Siehe Art. 4 Bst. a und Bst. b FIFG.

Kommentiert [REDACTED]: Man könnte das hier gleich formulieren wie bei Abs. 6: Die Innosuisse legt die Förderkriterien und die Kriterien für die **Festlegung des Beitrags** in ihrer Beitragsverordnung fest.

Kommentiert [REDACTED]: Hier fehlen die Absätze 5 und 8. Bisher waren immer alle Förderarten der Projektförderung genannt.

**11. Innosuisse-Gesetz vom 17. Juni 2016<sup>18</sup>****Art. 23 Bst. b<sup>bis</sup> und b<sup>ter</sup>**

Der Verwaltungsrat legt in der Beitragsverordnung namentlich fest:

- b<sup>bis</sup>, die Fälle, in denen nach Artikel 19 Absatz 2 FiFG<sup>19</sup> Beiträge an Umsetzungspartner geleistet werden können;
- b<sup>ter</sup>, die Kriterien für die ~~Bestimmung der Höhe~~ **Festlegung des Beitrags an der E**  
~~leistungsfähigkeit der Jungunternehmen und an kleinen~~ und mittleren Unternehm  
~~men~~ nach Artikel 19 Absätze 6 und 7 FiFG;

**12. Bundesgesetz vom 1. Juli 1966<sup>20</sup> über den Natur- und Heimatschutz (NHG)****Art. 1 Bst. e**

Dieses Gesetz hat zum Zweck, im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes nach Artikel 78 Absätze 2–5 der Bundesverfassung:

- e. die Lehre und Forschung im Bereich des Naturschutzes, des Heimatschutzes und der Denkmalpflege zu fördern.

**Art. 14a Abs. 1 Bst. b und Abs. 2**

<sup>1</sup> Der Bund kann Beiträge ausrichten an:

- b. *Aufgehoben*

<sup>2</sup> Sofern es im gesamtschweizerischen Interesse liegt, kann er solche Tätigkeiten sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten selber durchführen.

**13. Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003<sup>21</sup> über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG)****Art. 9 Abs. 2<sup>bis</sup>**

*Aufgehoben*

Kommentiert ■■■: Besser so formulieren wie in Abs. 6, auch wenn es im Umkehrschluss letztlich auf das Gleiche herauskommt.  
Man könnte auch bei Art. 19 Abs. 7 FiFG den letzten Satz umformulieren:  
Die Innosuisse legt die Förderkriterien und die Kriterien für die **Festlegung des Beitrags** in ihrer Beitragsverordnung fest.

<sup>18</sup> SR 420.2  
<sup>19</sup> SR 420.1  
<sup>20</sup> SR 451  
<sup>21</sup> SR 613.2

**14. Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990<sup>22</sup> (SuG)***Art. 7 Abs. 2*

<sup>2</sup> Finanzhilfen dürfen 50 Prozent der Kosten der unterstützten Aufgabe in der Regel nicht übersteigen. Sie können in begründeten Fällen höher sein, insbesondere wenn der Umfang der Finanzhilfe degressiv ausgestaltet und die Finanzhilfe zeitlich befristet ist.

**15. Mineralölsteuergesetz vom 21. Juni 1996<sup>23</sup> (MinöStG)***Art. 18 Abs. 1<sup>bis</sup> und 1<sup>ter</sup><sup>24</sup>**Aufgehoben***16. CO<sub>2</sub>-Gesetz vom 23. Dezember 2011<sup>25</sup>***Art. 33a Grundsatz*

<sup>1</sup> Bis Ende 2031 werden höchstens 41 Prozent, ab dem Jahr 2032 höchstens ein Drittel des Ertrags aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe verwendet für:

- a. die Förderung von neuartigen Technologien und Prozessen (Art. 6 KIG<sup>26</sup>) und die Absicherung von Risiken (Art. 7 KIG);
- b. das Impulsprogramm für den Ersatz von Wärmeerzeugungsanlagen und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz (Art. 50a EnG<sup>27</sup>);
- c. die Förderung von Projekten zur direkten Nutzung der Geothermie für die Wärmebereitstellung;
- d. die Äufnung des Technologiefonds zur Finanzierung von Bürgschaften zur Verminderung der Treibhausgase (Art. 35).

<sup>2</sup> Von den jährlichen Erträgen nach Absatz 1 werden vorab höchstens 400 Millionen Franken je zur Hälfte für die Förderung nach Absatz 1 Buchstaben a und b eingesetzt.

<sup>3</sup> Von den jährlichen Erträgen nach Absatz 1, die 400 Millionen Franken übersteigen, wird je die Hälfte für die Förderung nach Absatz 1 Buchstaben c und d eingesetzt, wobei die Förderung nach Buchstabe c höchstens 30 Millionen Franken und diejenige nach Buchstabe d höchstens 25 Millionen Franken beträgt.

<sup>22</sup> SR 616.1

<sup>23</sup> SR 641.61

<sup>24</sup> BBl 2024 686 Anhang

<sup>25</sup> SR 641.71; BBl 2024 686

<sup>26</sup> SR 814.310

<sup>27</sup> SR 730.0



<sup>4</sup> Am Ende eines Rechnungsjahres nicht ausgeschöpfte zweckgebundene Mittel dürfen nicht mehr als 150 Millionen Franken betragen.

<sup>5</sup> Die nicht ausgeschöpften Mittel nach Absatz 4 dürfen in den Folgejahren zusätzlich zu den Höchstbeträgen nach den Absätzen 2 und 3 für die Förderungen nach Absatz 1 verwendet werden.

*Art. 34 und 34a*

*Aufgehoben*

*Art. 35* Förderung von Technologien zur Verminderung der Treibhausgase

<sup>1</sup> Der Technologiefonds nach Artikel 33a Absatz 1 Buchstabe d wird durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation verwaltet.

<sup>2</sup> Mit den Mitteln aus dem Technologiefonds verbürgt der Bund Darlehen an Unternehmen, wenn diese damit Anlagen und Verfahren entwickeln und vermarkten, welche:

- a. die Treibhausgasemissionen vermindern;
- b. den Einsatz der erneuerbaren Energien ermöglichen; oder
- c. den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern.

<sup>3</sup> Die Bürgschaften werden für die Dauer von höchstens 10 Jahren gewährt.

<sup>4</sup> Der Technologiefonds darf sich nicht verschulden. Sollte der Fondsstand infolge unerwarteter Bürgschaftsverluste negativ werden, werden die Mittel nach Artikel 33a Absatz 1 in Abweichung von der Aufteilung nach Artikel 33a Absätze 2 und 3 für die Auflösung des Technologiefonds verwendet. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

*Art. 36 Abs. 1 Bst. b und d*

<sup>1</sup> An die Bevölkerung und die Wirtschaft werden nach Massgabe der von ihnen entrichteten Beträge folgende Mittel ausbezahlt:

- b. der Teil des Ertrags, der nicht für Förderungen nach Artikel 33a verwendet wird;
- d. die Mittel, die nicht nach Artikel 33a Absatz 5 eingesetzt werden konnten; die Auszahlung erfolgt alle fünf Jahre.

*Art. 37a* Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr

<sup>1</sup> Von den Erlösen aus der Versteigerung der Emissionsrechte für Luftfahrzeuge werden höchstens 50 Prozent eingesetzt für Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr, insbesondere für die Entwicklung und Herstellung von erneuerbaren synthetischen Flugtreibstoffen.

<sup>2</sup> Nicht ausgeschöpfte Mittel dürfen jeweils in den Folgejahren verwendet werden.

<sup>3</sup> Die Beiträge an die Massnahmen nach Absatz 1 betragen höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten.

<sup>4</sup> Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel und deren Bemessung.

*Art. 41* Information

<sup>1</sup> Der Bund kann Plattformen und weitere Öffentlichkeitsarbeiten im Bereich des Klimaschutzes fördern. Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel und deren Bemessung.

<sup>2</sup> Die zuständigen Behörden informieren die Öffentlichkeit und beraten Gemeinden, Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten über den Klimaschutz.

*Art. 41a Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> Der Bund richtet bis 2030 im nach Artikel 28 des Personenbeförderungsgesetzes vom 20. März 2009<sup>28</sup> gemeinsam von Bund und Kantonen bestellten regionalen Personenverkehr Beiträge von höchstens 30 Millionen Franken pro Jahr an die Beschaffung von Fahrzeugen mit elektrischem Antrieb und an die Umrüstung von Schiffen auf einen elektrischen Antrieb aus.

<sup>2</sup> Die Beiträge decken die Kosten in folgendem Umfang:

- a. für Strassenfahrzeuge: 75 Prozent der zusätzlichen Investitionskosten nach Abzug aller Fördermittel;
- b. für Schiffe: 30 Prozent der zusätzlichen Investitionskosten oder der Kosten, die für die Umrüstung von Schiffen auf einen elektrischen Antrieb entstehen, nach Abzug aller Fördermittel.

**17. Schwerverkehrsabgabengesetz vom 19. Dezember 1997<sup>29</sup> (SVAG)**

*Art. 19 Abs. 2 und 2<sup>bis</sup><sup>30</sup>*

<sup>2</sup> Der Bund verwendet seinen Anteil am Reinertrag für:

- a. die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds nach dem Bahninfrastrukturfondsgesetz vom 21. Juni 2013;
- b. den Ausgleich der von ihm getragenen ungedeckten Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr.

<sup>2bis</sup> Weist der Bahninfrastrukturfonds eine Reserve von weniger als 300 Millionen Franken auf, ist der Anteil des Bundes vorab für die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds zu verwenden.

<sup>28</sup> SR 745.1

<sup>29</sup> SR 641.81

<sup>30</sup> BBl 2024 2495

18. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990<sup>31</sup> über die direkte Bundessteuer (DBG)

Art. 38 Abs. 1<sup>ter</sup>, 2 und 3

<sup>1ter</sup> Kapitaleleistungen des gleichen Steuerjahrs werden zusammengerechnet. Eheleute versteuern ihre Kapitaleleistungen unabhängig voneinander.

<sup>2</sup> Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

– auf dem Betrag bis	20 000 Franken	0,1 Prozent
– auf dem Betrag über 20 000 bis	50 000 Franken	0,25 Prozent
– auf dem Betrag über 50 000 bis	100 000 Franken	1 Prozent
– auf dem Betrag über 100 000 bis	250 000 Franken	3 Prozent
– auf dem Betrag über 250 000 bis	1 000 000 Franken	5 Prozent
– auf dem Betrag über 1 000 000 bis	10 000 000 Franken	7,5 Prozent
– auf dem Betrag über 10 000 000 Franken		11,5 Prozent

<sup>3</sup> Es werden keine Abzüge gewährt.

19. Wasserbaugesetz vom 21. Juni 1991<sup>32</sup> (WBG)

Art. 7 Abs. 1 Bst. a und Abs. 2 Bst. a

<sup>1</sup> Der Bund kann zur Vereinheitlichung der Vollzugspraxis und der wirkungsvollen Umsetzung des integralen Risikomanagements Finanzhilfen ausrichten für:

a. Aufgehoben

<sup>2</sup> Finanzhilfen können ausgerichtet werden an:

a. Aufgehoben

20. Bundesgesetz vom 22. März 1985<sup>33</sup> über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für die Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG)

Art. 4 Abs. 2

<sup>2</sup> Der Anteil für die Beiträge nach Artikel 86 Absatz 3 Buchstaben d und e BV (nicht werkgebundene Beiträge) wird für jeweils vier Jahre festgelegt; er beträgt 24 Prozent

31

SR 642.11

32

SR 721.100; BB1 2024 687

33

SR 725.116.2

der Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf allen Treibstoffen, ausser den Flugtreibstoffen, nach Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe e BV.

*Art. 37f Abs. 1 Bst. a und f*

<sup>1</sup> Der Bund kann zur Förderung eines hohen technischen Sicherheitsniveaus im Luftverkehr Beiträge gewähren an:

- a. die Finanzierung der An- und Abflugsicherungsdienste auf schweizerischen Flugplätzen mit Flugsicherung, sofern ein Bundesinteresse besteht;
- f. Erbringer von Flugsicherungsdiensten.

<sup>2</sup> Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen ein Bundesinteresse nach Absatz 1 Buchstabe a besteht.

## 21. Energiegesetz vom 30. September 2016<sup>34</sup> (EnG)

*Art. 49 Abs. 2–4*

*Aufgehoben*

*Art. 50a Abs. 1–3<sup>35</sup>*

<sup>1</sup> Der Bund fördert im Rahmen eines Impulsprogramms mit einem Betrag von höchstens 200 Millionen Franken pro Jahr und befristet auf zehn Jahre den Ersatz fossil betriebener Heizungen und ortsfester elektrischer Widerstandsheizungen durch eine Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz.

<sup>2</sup> Der Vollzug erfolgt durch die Kantone.

<sup>3</sup> Die Kantone können die Mittel fortlaufend und in dem Umfang, in dem sie Gesuche gutgeheissen haben, beim Bund reservieren. Ist eine Massnahme abgeschlossen, wird der Betrag dem Kanton ausgerichtet. Der Bund informiert die Kantone fortlaufend über die verfügbaren Mittel.

*Art. 51 Abs. 2 und 53 Abs. 2<sup>bis</sup> und 3 Bst. a<sup>36</sup>*

*Aufgehoben bzw. gegenstandslos*

<sup>34</sup> SR 730.0

<sup>35</sup> BBl 2022 2403 Anhang

<sup>36</sup> BBl 2022 2403 Anhang

22. Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958<sup>37</sup> (SVG)

Art. 105a<sup>38</sup>  
Gegenstandslos

23. Postgesetz vom 17. Dezember 2010<sup>39</sup> (PG)

Art. 16 Abs. 4, 6 und 7  
<sup>4</sup> Ermässigungen werden gewährt für die Zustellung von abonnierten Tages- und Wochenzeitungen der Regional- und Lokalpresse.  
<sup>6</sup> Die Ermässigungen bedürfen der Genehmigung des Bundesrates.  
<sup>7</sup> Der Bund leistet zur Gewährung dieser Ermässigung jährlich Beiträge von 25 Millionen Franken für die Regional- und Lokalpresse.

24. Bundesgesetz vom 24. März 2006<sup>40</sup> über Radio und Fernsehen (RTVG)

Art. 28 Publizistisches Angebot für das Ausland  
<sup>1</sup> In Krisensituationen kann der Bundesrat mit der SRG besondere kurzfristige Leistungsaufträge zur Völkerverständigung vereinbaren.  
<sup>2</sup> Die Kosten für Leistungen nach Absatz 1 werden der SRG vom Bund im vollen Umfang abgegolten.  
Art. 57 und 3. Kapitel (Art. 76)  
Aufgehoben

25. Umweltschutzgesetz vom 7. Oktober 1983<sup>41</sup> (USG)

Art. 49 Abs. 1, 1<sup>bis</sup><sup>42</sup> und 3  
Aufgehoben bzw. gegenstandslos

<sup>37</sup> SR 741.01  
<sup>38</sup> BBl 2023 791  
<sup>39</sup> SR 783.0  
<sup>40</sup> SR 784.40  
<sup>41</sup> SR 814.01  
<sup>42</sup> BBl 2024 2502

**26. Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991<sup>43</sup> (GSchG)***Art. 57 Abs. 2**Aufgehoben**Art. 64 Abs. 2*<sup>2</sup> Er kann Finanzhilfen für die Information der Bevölkerung gewähren.*Art. 64a**Aufgehoben***27. Gentechnikgesetz vom 21. März 2003<sup>44</sup> (GTG)***Art. 26 Abs. 3**Aufgehoben***28. Zivildienstgesetz vom 6. Oktober 1995<sup>45</sup> (ZDG)***Art. 46 Abs. 3 Bst. c und Art. 47**Aufgehoben***29. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946<sup>46</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)***Art. 103* Bundesbeitrag<sup>1</sup> Der Ausgangswert des Bundesbeitrags beläuft sich auf 19,5 Prozent der Ausgaben der AHV des Jahres vor Inkrafttreten der Änderung vom ...<sup>2</sup> Der Ausgangswert wird jährlich an die Veränderungsrate der Mehrwertsteuereinnahmen angepasst. Dabei werden die Mehrwertsteuereinnahmen um allfällige Änderungen der Steuersätze und der Bemessungsgrundlage bereinigt.<sup>3</sup> Der Bundesbeitrag entspricht mindestens dem Ausgangswert nach Absatz 1 angepasst an die aufgelaufene Teuerung.<sup>43</sup> SR 814.20<sup>44</sup> SR 814.91<sup>45</sup> SR 824.0<sup>46</sup> SR 831.10



<sup>4</sup> Von dem nach Absatz 2 berechneten Betrag wird der Beitrag an die Hilflosenentschädigung nach Artikel 102 Absatz 2 abgezogen.

<sup>5</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

### 30. Bundesgesetz vom 18. März 1994<sup>47</sup> über die Krankenversicherung (KVG)

#### *Art. 54 Abs. 2*

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann die Kosten- und Qualitätsziele während der Vierjahresperiode anpassen, falls sich die Grundlagen für deren Festlegung wesentlich verändert haben.

#### *Art. 66 Abs. 2*

<sup>2</sup> Der Bundesrat legt den Bundesbeitrag für eine Vierjahresperiode fest. Der Bundesbeitrag entspricht 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung des Vorjahres einer Vierjahresperiode und entwickelt sich jährlich entsprechend den Kostenzielen nach Artikel 54.

#### *Art. 106* Festlegung des Bundesbeitrags

Der Bundesbeitrag nach Artikel 66 wird erstmals für die Jahre 2028–2031 festgelegt.

### 31. Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006<sup>48</sup> über Regionalpolitik

#### *Art. 21 Abs. 1 und 3*

<sup>1</sup> Die Massnahmen nach diesem Gesetz werden über den Fonds für Regionalentwicklung finanziert.

<sup>3</sup> Die Fondsentnahmen und Darlehenskonditionen sind unter Berücksichtigung der Verluste aus laufenden Darlehen, den Zinserträgen und der Teuerung festzulegen. Der Fonds darf sich nicht verschulden.

### 32. Landwirtschaftsgesetz vom 29. April 1988<sup>49</sup> (LwG)

#### *Art. 22* Versteigerung von Zollkontingenten

<sup>1</sup> Die Zollkontingente werden grundsätzlich versteigert. Unter folgenden Umständen kann von diesem Grundsatz abgewichen werden:

- a. die Marktverhältnisse erfordern eine kurzfristige Zuteilung;

<sup>47</sup> SR 832.10; BBl 2024 2412

<sup>48</sup> SR 901.0

<sup>49</sup> SR 910.1

- b. der erwartete Erlös aufgrund der Marktverhältnisse ist tiefer als die für die Versteigerung anfallenden Kosten.

<sup>2</sup> In den unter Absatz 1 Buchstaben a und b erwähnten Ausnahmefällen können die Zollkontingente wie folgt zugeteilt werden:

- a. entsprechend der Reihenfolge der Veranlagung;
- b. nach Massgabe der bisherigen Einfuhren der Gesuchsteller;
- c. nach Marktanteilen; oder
- d. aufgrund der beantragten Menge.

<sup>3</sup> Um Missbräuche zu verhindern, kann der Bundesrat Importeure von der Berechtigung ausschliessen.

<sup>4</sup> Der Bundesrat kann die Kompetenz zur Festlegung von Kriterien zur Verteilung von Zollkontingenten nach Absatz 2 dem WBF übertragen.

<sup>5</sup> Die Zuteilung der Zollkontingente wird veröffentlicht.

*Art. 23 und 48*

*Aufgehoben*

*Art. 50, 51 Abs. 1 Bst. a, 51<sup>bis</sup> und 52*

*Aufgehoben*

*Art. 76 Abs. 3*

<sup>3</sup> Der Bund übernimmt höchstens 50 Prozent der im Projekt festgelegten Beiträge. Die Kantone stellen die Restfinanzierung sicher.

### **33. Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966<sup>50</sup> (TSG)**

*Va. (Art. 45a)*

*Aufgehoben*

### **34. Waldgesetz vom 4. Oktober 1991<sup>51</sup> (WaG)**

*Art. 29 Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> Der Bund koordiniert die forstliche Ausbildung.

<sup>2</sup> *Aufgehoben*

<sup>50</sup> SR 916.40

<sup>51</sup> SR 921.0

*Art. 34a* Absatz und Verwertung von Holz

Der Bund fördert Projekte zugunsten des Absatzes und der Verwertung von nachhaltig produziertem Holz.

*Art. 38a Abs. 1 Bst. e und Abs. 2 Bst. a*

<sup>1</sup> Der Bund gewährt Finanzhilfen an Massnahmen, welche die Wirtschaftlichkeit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung verbessern, namentlich an:

*e. Aufgehoben*

<sup>2</sup> Er gewährt Finanzhilfen:

- a. an Massnahmen nach Absatz 1 Buchstaben a, b, d, f und g: als globale Beiträge auf der Grundlage von Programmvereinbarungen, die mit den Kantonen abgeschlossen werden;

*Art. 39*

*Aufgehoben*

**35. Jagdgesetz vom 20. Juni 1986<sup>52</sup> (JSG)***Art. 14 Abs. 4*

<sup>4</sup> Der Bund führt die Schweizerische Forschungs- und Dokumentationsstelle für das Wildtiermanagement. Er fördert die Information der Öffentlichkeit und kann Forschungsstätten und anderen Einrichtungen von gesamtschweizerischer Bedeutung, welche der Forschung oder Beratung dienen, Beiträge gewähren.

**36. Bundesgesetz vom 21. Juni 1991<sup>53</sup> über die Fischerei (BGF)***Art. 13 Abs. 1*

*Aufgehoben*

II

Die nachstehenden Erlasse werden aufgehoben:

<sup>52</sup> SR 922.0

<sup>53</sup> SR 923.0

**1. Bundesgesetz vom 17. Juni 2022<sup>54</sup> über die Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern**

**2. Bundesgesetz vom 3. Mai 1991<sup>55</sup> über Finanzhilfen zu Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften**

III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

<sup>54</sup> AS 2022 786

<sup>55</sup> AS 1991 1974, 2000 935, 2008 3437, 2010 4999, 2019 2337